FRIEDENS JOURNAL

Reichtum erzeugt globalisierte Armut

- Reichtum erschlägt die Armen
- EU-Politik: Nobelpreis-würdig?
- Hunger: Die Massenvernichtung in der Dritten Welt
- Lateinamerika: Sozialpolitische Entwicklung
- Blockupy: Weiterer Widerstand angesagt

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

Mai - Juni 2013/Nr. 3

Inhalt

SCHWERPUNKT

Wenn Reichtum die Armen erstickt 3

Lateinamerika: Sozialpolitische Entwicklung 12

INTERVIEW

Hunger: Unterlassene Hilfeleistung für 1/7 der Menschheit 8

Blockupy: Weiterer Widerstand angesagt 14

GASTBEITRAG

EU-Politik: Nobelpreis-würdig? 6

RUBRIKEN

Memorandum 2013 – Auszug aus Kurzfassung 5

Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien 15

Buchbesprechung: Wir lassen sie verhungern 11

Friedensnetz Baden-Württemberg 16

BILDNACHWEIS

Titelfoto:

Aktion des Bündnis "UmFAIRteilen" vor dem Kanzleramt am 06.03.13 gegen die Verfälschungen im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. (Foto EPD)

Seite 3, 16: Friedensjournal / Friedensnetz

Seite 6,15: Flickr

Seite 10: Pablo Tosco/Oxfam

Seite 8: Wikipedia

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 06.05.2013

Die nächste Ausgabe erscheint am: 13.07.2013

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:

www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
Tel.: 05 61 / 937 17574
e-mail: peter.strutynski@gmx.de
www.ag-friedensforschung.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß, Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp,

V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Reichtum erzeugt globalisierte Armut

Liebe LeserInnen und Leser,

In der letzten Ausgabe des Friedensjournals haben wir in dem Artikelbeitrag zum Mali-Konflikt auch darauf verwiesen, dass in Westafrika – gemäß dem Human Development Index (HDI) der UNO-Organisation UNDP – sich die ärmsten Länder der Welt konzentrieren. Zugleich ist diese Region sehr reich an Rohstoffen und Energieressourcen. Kriegerische Interventionen von NATO und/oder EU-Staaten sind auch in anderen Weltregionen dazu angetan, Armut zu konservieren oder sogar noch zu verstärken, um damit „unseren Wohlstand" zu sichern.

Menschliche Massenvernichtung in vielen Ländern der Welt ist heutzutage aber in erster Linie nicht das Ergebnis von Bürgerkriegen und militärischen Interventionen von Ländern des wirtschaftlichen Reichtums, sondern durch wirtschaftliche Ausbeutung von transnationalen Konzernen. Dabei geht man im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen, durch Konservierung und sogar Verstärkung von Armut, Hunger und Unterentwicklung.

Der sich verschärfende Gegensatz von Reichtum und Armut ist aber nicht nur global, sondern auch in Deutschland, einem der weltweit reichsten Länder, immer häufiger auf der politischen Agenda. Es zeigt sich, dass im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 Fragen von Armut und Reichtum in Deutschland sowie die damit verbundenen Fragen, wie Steuergerechtigkeit und Steuerbetrug, in das Zentrum des politischen Diskurses .rücken.

Karl-Georg Zinn betrachtet die derzeitige weltwirtschaftliche Situation mit historischen Bezügen und einer kurzgefassten Analyse der langfristigen Entwicklungen, die unter den vorherrschenden Bedingungen zwangsläufig die Schere zwischen Arm und Reich vergrößern. Wirkliche Alternativen dazu gäbe es für Deutschland nur, wenn die Vorschläge der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik mit dem neuen Memorandum 2013 umgesetzt würden.

In unserem Gastbeitrag setzt sich die MdEP-Abgeordnete Gabi Zimmer mit dem Anteil der EU an der Entwicklung von Arm und Reich auseinander. Nicht nur in Bezug auf die derzeit verheerende Rolle in Griechenland, sondern auch zur weltweiten Rolle. Die erpresserische Handelspolitik speziell gegenüber afrikanischen Ländern trägt dort massiv zu den Problemen von Hunger, Armut und Unterentwicklung bei, anstatt nachhaltig Entwicklungshilfe zu leisten. Ihr Resümee: Die EU ist weder eine Friedensmacht noch eine Solidargemeinschaft.

Das Anprangern von Hunger, Armut und Unterentwicklung in der dritten Welt ist vor allem eine publizistische Leistung von Jean Ziegler, der dieses in seinem jüngsten Buch „Wir lassen sie verhungern" sehr anschaulich dargestellt hat. Dazu haben wir in dieser Ausgabe ein Interview abgedruckt, das Katja Maurer von medico International mit ihm führte und ergänzen dieses um eine Buchbesprechung. Jean Zieglers Ausführungen sind zwar einerseits erschütternd, andererseits verweist er auf die sozialpolitischen Erfolge der ALBA-Staaten in Lateinamerika.

Dass dieses vor allem der US-Regierung als Sprachrohr der transatlantischen Konzerne und damit den Hauptverantwortlichen für den Hunger in der Dritten Welt nicht passt, ist nur verständlich. In der kürzlich von der US-Administration herausgegebenen Liste der „State Sponsors of Terrorism" ist auch Kuba als „Schurkenstaat" aufgeführt (neben Iran, Sudan und Syrien). Dieses ist natürlich abstrus, aber umso wichtiger ist es zu verstehen, warum Kuba nach wie vor das Hassobjekt Nr. 1 der USA ist. Kristine Karch vom Netzwerk Cuba e.V. beschreibt in ihrem Artikelbeitrag das sozialpolitische „Sponsoring", das Kuba in Lateinamerika leistet. In den Zeiten der seit 2008 anhaltenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt der Blick nach Lateinamerika, wie – im Unterschied zur EU - eine wirtschaftliche Unterstützung auf Gegenseitigkeit aussehen kann.

Widerstand gegen die europaweit verheerende Austeritätspolitik sowie die weltweit tödliche Ausbeutung durch transnationale Konzerne und Finanzmarkt-Akteure ist vor allem im Zentrum der Verursacher notwendig. Hier ist die Friedensbewegung zum Schulterschluss mit den sich noch entwickelnden sozialen Bewegungen in Deutschland gefordert. Die Blockupy-Aktivitäten Ende Mai am Finanzplatz und Sitz der EZB in Frankfurt a.M. sind dazu ein wichtiger Beitrag.

Die Redaktion

Wenn der Reichtum die Armen erstickt

von Karl Georg Zinn, emer. Hochschullehrer der Volkswirtschaftslehre, Wiesbaden

Erbauliche Rhetorik über ein menschenwürdiges Dasein, scharfsinnige Analysen der Bösartigkeit von Produktionsverhältnissen, großartige Ideen über das „gute Leben“ und dergleichen mehr hoffnungsphilosophische Visionen und Erklärungen bietet die Geistesgeschichte der Menschheit in Fülle. Die historische Realität hat sich nicht danach gerichtet, und doch blieben jene Aufrufe zur Emanzipation des Menschen von seinen selbstgeschaffenen Plagen nicht völlig folgenlos: Die Demokratie ist besser als jede andere Staatsform. Der Sozialstaat ist besser als das wirtschaftsliberalistische Laissez-faire, und jede neue sozialökonomische Katastrophe belebt wieder den Gedanken an eine fundamentale Reform der Verhältnisse, damit die Wiederholung der Katastrophe künftig ausbleibt. Reformen kommen nicht von allein, sondern werden erkämpft, und der Kampf ging bis ins 18. Jahrhundert hinein gegen die spätfeudalistischen Verhältnisse, und seitdem geht es um die Überwindung des Kapitalismus. Die Zukunft ist offen, aber welche Option zum Zuge kommt, hängt von den Menschen ab.

Kapitalistischer Reichtum - wodurch und für wen?

Wie werden sie demnächst mit dem kapitalistischen Reichtum verfahren wollen?

Wie jeder angehäufte, auf eine Minderheit konzentrierte Reichtum entstand auch der kapitalistische Reichtum durch Ausbeutung von Mensch und Natur. Das wird zwar meist verschleiert formuliert, wenn etwa vom effizienten Einsatz der Produktionsfaktoren die Rede ist, aber die Tatsache der extrem ungleichen Verteilung der Wertschöpfung lässt sich nicht bestreiten, sondern eben nur verschleiern. Wertschöpfung resultiert aus der „Aneignung“ der Natur durch die menschliche Arbeitskraft. Die großen und die riesengroßen Vermögen auf der Erde können also niemals durch eigene Leistung ihrer Eigentümer entstehen, sondern nur aufgrund von Machtausübung. Es geht um Verteilungsmacht. Seit Beginn der Zivilisation vor einigen Tausend Jahren bemächtigten sich die Wenigen mittels List und Gewalt des Eigentums an der Erde und an der Arbeitskraft der Vielen. Im Verlauf der Geschichte wurden die Machtverhältnisse durch die Entstehung von Institutionen gefestigt, und die Menschen wurden dazu erzogen, Eigentum als ein „Naturrecht“ zu respektieren und Reichtum als Verdienst für besondere Leistung zu verehren. Mit dem Industriekapitalismus setzte sich diese Entwicklung fort, erreichte jedoch eine neue Größenordnung. Denn der vorindustrielle Reichtum steht im Verhältnis zum kapitalistischen wie die Maus zum Elefanten. Die wiederkehrenden kapitalistischen Krisen sind als Überproduktionskrisen diagnostiziert worden, die in Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sachkapital münden, was dann aber wieder analog zum Wiederaufbau nach den Kriegen der kapitalistischen Akkumulation Spielraum für einen neuen Aufschwung verschafft. Es ließe sich auch sagen, der Kapitalismus scheint immer wieder an seinem Reichtum zu ersticken, und in den Krisen hustet er sich frei, um dann von neuem das alte Muster zu wiederholen.

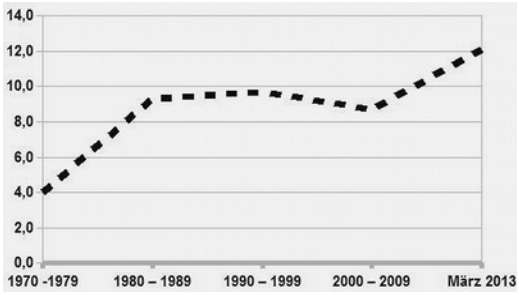
Große Depression nach 1929 und heutige Krise

Die große Krise der Gegenwart sticht wegen ihrer Dimension hervor, und wird deshalb mit der Großen Depression nach 1929 verglichen. Doch in der Zwischenzeit ging die Geschichte im Eilschritt weiter, und die Weltsituation hat sich fundamental verändert. Die Weltbevölkerung ist seit damals um etwa fünf Milliarden Menschen gewachsen. Es gibt fünf Milliarden mehr Esser, einige Milliarden Arbeitskräfte mehr und die Arbeitsproduktivität hat sich dank des technischen Fortschritts vervielfacht. Unverändert geblieben ist

Foto: Reichtumsuhr am DGB-Haus Frankfurt a.M. (vom 1. Mai 2013)

der Planet Erde. Nein, das stimmt gar nicht, sondern er wurde ausgeplündert, seine Ressourcen wurden mit Hilfe der Technik „angeeignet“, Natur wurde irreversibel verbraucht, geschädigt, und der Menschheit droht die ökologische Katastrophe. Vermutlich nicht morgen oder übermorgen, aber wohl noch vor der nächsten Jahrhundertwende. Die Fortentwicklung der Zivilisation im Kapitalismus wurde zur größten Fehlentwicklung der bisherigen Menschheitsgeschichte. 1750 lebten etwa 750 Millionen Menschen auf der Erde. Allein die Zahl der heute von Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung geschundenen Menschen erreicht etwa eine Milliarde. Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung auf der

Erde zu beseitigen, könnte zwar durch eine fundamental andere Reichtumsverteilung gelingen, aber das ist keine Sache des guten Willens, sondern eine Machtfrage, und die Machtfrage ist längst eine Überlebensfrage geworden – ganz sicher jedenfalls für die eine Milliarde Menschen am Fuße der globalen Reichtumspyramide.



Arbeitslosenquote in den EU-17-Staaten (Euro-Zone)
Grafik: Friedensjournal

Verteilung muss heute anders als in der Vergangenheit verstanden werden. Es geht nicht einfach nur um eine gleichmäßige Einkommens- und Vermögensverteilung, sondern um eine andere Verteilung der Arbeit bzw. der Arbeitsmöglichkeiten. Denn die wissenschaftlich fundierte Erkenntnis, dass die nachhaltige Tragfähigkeit der Erde bereits überschritten wurde, hat die logische Konsequenz, dass es wegen der zur Neige gehenden Naturressourcen und der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt völlig ausgeschlossen ist, dass alle arbeitsfähigen bzw. arbeitswilligen Menschen auf der Erde im Durchschnitt einen Normalarbeitstag bzw. eine 40-Stunden-Woche leisten und eine entsprechende Produktion hervorbringen. Auch die kühnsten Fortschrittsideologen sind sich im Klaren darüber, dass der heutige Lebensstandard der wohlhabenden Gesellschaften nicht globalisierbar ist. Denn das widerspricht ganz einfach den Naturgesetzen, und menschenmöglich ist eben nur das, was mit den Naturgesetzen vereinbar bleibt. Eine andere Verteilung von Arbeit und materiellem Wohlstand ist mit den Naturgesetzen kompatibel, also *prinzipiell* zu realisieren. Dagegen steht, wie bemerkt, die von der Menschheit geschaffene und bis heute geduldete, ertragene und geschickt legitimierte Machthierarchie.

Das Verteilungsproblem einer Lösung näher zu bringen, erfordert zu erkennen, wie die Ungleichheit unter den jeweiligen historischen Verhältnissen entstand, stabilisiert wird und wo sie den Menschen die größten Schmerzen zufügt. Im Europa der Gegenwart ist sofort zu sehen, wo klaffende Wunden geschlagen wurden. Die Ursachen liegen in der Vergangenheit. Die gegenwärtige Große Krise hat eine lange Vorgeschichte. Sie reicht zurück in die 1970er Jahre, als die Zeit hoher Wachstumsraten, die sich dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und der Rückkehr zum (vornehmlich) friedenswirtschaftlichen Einsatz der Produktionsfaktoren verdankten, zu Ende ging. Danach folgte die Restaurierung des überwunden geglaubten, vor-sozialstaatlichen Kapitalismus. Der Neoliberalismus lieferte zwar die ideologische Legitimation für den historischen Rückfall, aber ohne den massiven Wachstumseinbruch der 1970er Jahre wäre es nicht möglich gewesen, die zuvor angelaufene Entwicklung zu einem sozial gemilderten und demokratisch gezügelten Kapitalismus abzubrechen.

Arbeitslosigkeit durch Trendbruch der 70er Jahre

Der Trendbruch des wirtschaftlichen Wachstums kam scheinbar überraschend und wurde zeitweilig als vorübergehende konjunkturelle Krise interpretiert, aber das Ende hoher Wachstumsraten und der Todesstoß für die Nachkriegsformel „Vollbeschäftigung durch hohes Wachstum“ ließ sich vorhersehen – aufgrund der inneren Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Wachstums. Es verbraucht seine Kräfte im Laufe der Zeit. Das hatte Marx zwar schon im 19. Jahrhundert analysiert, aber sehr viel konkreter und zeitnaher erwies sich die Prognose auslaufendes Wachstum durch den englischen Nationalökonomen John Maynard Keynes (1883-1946). Mit dem anhaltenden technischen Fortschritt, der Fortsetzung des Produktivitätswachstums und der rationalisierungsbedingten Verminderung von Arbeitsplätzen würde sich eine gesamtwirtschaftliche Nachfragelücken öffnen, und der Nachfragemangel müsste eine schrittweise Abnahme des Wachstums und steigende Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. So kam es denn auch seit den 1970er Jahren. Seit jenem Bruch im langfristigen Wachstumstrend gelang kaum einem der westkapitalistischen Länder die Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Die einzig zuverlässige Messgröße der Beschäftigungsentwicklung ist die Zahl der in einer Volkswirtschaft jährlich geleisteten Arbeitsstunden, das sogenannte Arbeitsvolumen – und nicht die statistisch leicht manipulierbare offizielle Arbeitslosenzahl oder die Zahl der Erwerbstätigen, die auch Teilzeitarbeit, Minijobber und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse einbezieht. Das Arbeitsvolumen schwankt selbstverständlich konjunkturbedingt von Jahr zu Jahr, aber der Rückgang der statistischen Arbeitslosenzahlen spiegelt sich keineswegs in einer entsprechend deutlichen Zunahme des Arbeitsvolumens wider.

Privater Reichtum führt nicht zu mehr Arbeitsplätzen

Privater Reichtum schlägt sich in steigender Ersparnis nieder. Das ist gut, solange die Ersparnisse von den Investoren absorbiert und für sinnvolle, rentable Anlagen nachfragewirksam eingesetzt werden. Reichtum, der für den Aufbau von Arbeitsplätzen und andere nützliche Unternehmungen verwendet wird, ist etwas ganz anderes als der überflüssige, der finanzkapitalistische Reichtum, der letztlich die Realwirtschaft in die Krise bringt, Arbeitsplätze vernichtet und die Lebensläufe ungezählter Menschen zerbricht. Wenn es für die Masse ansteigender Ersparnisse nicht mehr genug sinnvolle Investitionsmöglichkeiten gibt, wohin mit dem Geld? Die Übersparnis ist nur die andere Seite gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels. Das nach Rendite gierende Geldkapital wandert dann in die Spekulation, in den Kauf von mehr oder meist weniger wertsicheren Aktiva – von der Aktie, über die Immobilie, über Gold bis zu Antiquitäten und Kunstgegenständen. Vor allem aber werden dubiose Kreditnehmer bedient. Sie versprechen hohe Renditen, aber schon im Moment der Kreditvergabe ist eigentlich zu erkennen, dass es sich um Schuldner handelt, die ihre Zinsen nicht bedienen, ge-

schweige denn ihre Schulden werden begleichen können.

Die Kredit- bzw. Schuldenflut der vergangenen Jahrzehnte ist die eigentliche Ursache der Großen Krise. Beteiligt an dieser Fehlentwicklung waren und sind Gläubiger und Schuldner; ob gleichermaßen oder in unterschiedlichem Ausmaß ist wohl eine Frage des jeweiligen Interessenstandpunktes. Die Hauptleidtragenden dieses Kasino-Kapitalismus sind aber die einfachen Menschen, die an diesen Spielchen der Reichen und Mächtigen nicht beteiligt waren, jetzt aber unter der Krise leiden und auch noch dafür zahlen sollen. Das ist die Lage in den südeuropäischen Ländern, und die von Politik und Finanzleuten verbreiteten Beteuerungen, Griechenland, Zypern und was demnächst noch seien Ausnahmen, eine Wiederholung nicht zu befürchten usw., sind Beruhigungslügen – und gelten als solche beim Machtestablishment als moralisch legitim, weil vermeintlich notwendig.

Wiederholt sich die Geschichte?

Die Geschichte wiederholt sich. Vor der Großen Depression der 1930er Jahre ging es ähnlich zu, wie vor der Großen Krise der Gegenwart. Und doch wiederholt sich die Geschichte nicht. Denn, wie schon gesagt, hat sich zwischen 1939 und 2008 die sozialökonomische Welt in einem Ausmaß verändert, das eine Analogie zwischen den beiden großen Krisen verbietet.

Das für die Krisenentstehung zentrale Problem der geschilderten Übersparnis ist allen Ökonomen und Nicht-Ökonomen geläufig, die einigermaßen vertraut mit der Keynesschen und/oder Marxschen Wirtschaftstheorie sind. Doch von der herrschenden Wirtschaftslehre wird geleugnet, dass Übersparnis in einer kapitalistischen Marktwirtschaft überhaupt möglich ist, und da die herrschende Wirtschaftslehre des Neoliberalismus mehrheitlich von der Politik – ob schwarz, gelb, grün oder ex-rot – übernommen und von ihr als Rezeptbuch wirtschaftspolitischen Handels verwendet wurde, hat dann die Steuerpolitik (sprich: Umverteilung von unten nach oben) die Übersparnis noch weiter forciert. Ganz einfach dadurch, dass die besonders sparfähigen und spareifrigen Einkommensschichten entlastet (Absenkung der Einkommensteuer), die unteren Strata, die kaum Ersparnisse bilden oder gar Konsumentenschulden abbezahlen, hingegen belastet (höhere Verbrauchssteuern) wurden. Moralisch, d. h. unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten, handelt es sich um eine verwerfliche Politik, aber sie ist auch ökonomischer Unsinn. Hätten die bundesdeutschen Regierungen - beispielsweise – einen Teil der (privaten) Übersparnisse durch Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern abgeschöpft, so hätten die öffentlichen Hände mehr Geld für Infrastruktur, für gesellschaftliche Dienstleistungen, für Sozialtransfers usw. ausgeben können, *ohne* sich dafür verschulden zu müssen. Diese Nachfragesteigerung hätte etwas mehr Wachstum gebracht, vor allem die Beschäftigung erhöht – und Deutschland hätte mehr importiert, somit auch einen geringeren Exportüberschuss erreicht. Davon hätten auch die südeuropäischen Länder profitiert. Denken wir an die deutsche Geschichte: Die kapitalistische Krise von 1929 an *und* das eklatante wirtschaftspolitische Versagen der deutschen Regierung am Ende der Weimarer Republik trieb die verzweifelten Massen den Nazis in die Arme. Die Geschichte wiederholt sich nicht – vermutlich nicht in Deutschland, aber auch nicht in irgendeinem anderen Land der Europäischen Union? Schon das Risiko einer Wiederholung gebietet Vorbeugung. Dazu ist das wirtschaftliche stärkste Land der EU, Deutschland, moralisch, mehr aber noch historisch verpflichtet.

Memorandum 2013

Umverteilen – Alternativen der Wirtschaftspolitik

In der neoliberalen Entwicklungslogik ist der Rückbau des demokratischen und sozialen Staates ein erstrebenswertes Ziel. Dazu gehört auch und vor allem ein Abbau der öffentlichen Beschäftigung. Dieser Trend muss gestoppt und umgekehrt werden. Der reguläre öffentliche Dienst hat sich wieder an der Sicherstellung einer guten öffentlichen Daseinsvorsorge statt an einem Kürzungsdiktat zu orientieren. [...]

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik fordert ein umfassendes öffentliches Investitions-, Beschäftigungs- und Umbauprogramm für die nächsten zehn Jahre. Schwerpunktinvestitionen sind: das Bildungssystem, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine Konsolidierung der Energiewende zur Stärkung alternativer Energiequellen, der Städtebau, das öffentliche Verkehrsnetz, die soziale Infrastruktur usw. Diese Ausgabenpolitik würde dafür sorgen, dass die Staatsausgaben stärker wachsen als die Gesamtwirtschaft.

Infrastrukturinvestitionen zugunsten ökologisch besserer Lebens- und Produktionsverhältnisse für künftige Generationen zahlen sich aber bereits heute aus. Außerdem werden die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität nachhaltig gesteigert.

Diese Investitionen sollen gesellschaftliche Bedarfe decken. In der aktuellen Situation erfüllen sie außerdem eine konjunkturpolitische Funktion. Die Binnennachfrage wird gestärkt und damit eine Abkehr von der starken Exportorientierung vorangetrieben. Das stabilisiert die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und in Europa. Gleichzeitig sind der Ausbau sinnvoller öffentlicher Dienstleistungen, aber auch öffentlicher Verkehrssysteme, regenerativer Energien und von Investitionen in die nachhaltigere Nutzung der Energie für einen sozial-ökologisch ausgerichteten Entwicklungspfad dringend notwendig. Im MEMORANDUM 2012 hat die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik bereits ausgeführt, dass Deutschland bei sozialen Dienstleistungen im Vergleich nicht nur zu den skandinavischen Ländern, sondern auch zu den mitteleuropäischen und angelsächsischen Ländern im Rückstand ist. […]

Quelle: Kurzfassung des Memorandums 2013 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik www.alternative-wirtschaftspolitik.de

EU-Politik: Nobelpreiswürdig?

von Gabriele Zimmer, MEP, Brüssel

Nach der Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union überschlugen sich die Nachrichten, Pressemitteilungen und Kommentare über das Friedensprojekt EU, das zwar in einer schweren Krise steckt, aber den Europäerinnen und Europäern die längste zusammenhängende Friedenszeit bescherte - zumindest den Ländern des "alten" Kontinents, die sich zur EU zählen dürfen.

Selten sind die Entscheidungen des Osloer Nobelpreiskomitees unumstritten gewesen. Man erinnere nur an die Verleihung des Preises an den gerade erst sein Amt antretenden US-Präsidenten Obama. Was der eine als Vorschuss auf eine auch heute noch zu erbringende politische Leistung bekam, erhielten die anderen als Nachlese auf ihren Gründungsmythos. Natürlich ging es 1957 bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge um wirtschaftspolitische Interessen, den Abbau von Zoll - und anderen handelspolitischen Beschränkungen. Gleichzeitig ist die EU aber auch als ein friedenspolitisches Projekt entstanden.

Allerdings hat die EU spätestens mit ihrer Beteiligung am Krieg gegen Serbien ihre Unschuld verloren. Mit der Schaffung eines gemeinsamen Rüstungsmarktes, der Bildung einer vom Europaparlament nicht kontrollierbaren EU-Rüstungsagentur und der in den Lissaboner Vertrag aufgenommenen Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten zu einem wachsenden Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit, hat die EU einen anderen Weg eingeschlagen.

„Solidarität“ mit Banken anstatt Sozialpolitik

Zudem haben die Regierenden mit ihrer aktuellen Krisenpolitik dem Sozialgefüge, den sozialen, ökologischen und demokratischen Lebensbedingungen der Menschen in der EU den Kampf angesagt sowie Solidarität zwischen den Menschen und gegenseitigen Respekt umdefiniert in eine "Solidarität" mit den Banken und den Reichen.

Keine solidarische Strukturpolitik

Einem grundlegenden Versprechen der EU vertrauten die Menschen in den meisten Beitrittsländern: Die europäische Integration auf der Basis einer solidarischen Struktur- und Kohäsionspolitik sei der Garant für den Abbau der ökonomischen und sozialen Disparitäten zwischen den ärmeren und den reichen Ländern Europas. Das an sich ist schon ein wesentlicher Beitrag zu Stabilität und Frieden in Europa. Allerdings ist gerade dieses Vertrauen inzwischen nachhaltig beschädigt. Fast alle Ratsentscheidungen der letzten Monate (am deutlichsten ist das zu sehen am Beispiel des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014 - 2020, den Auseinandersetzungen um die Struktur- und Kohäsionsfonds, der Weigerung, klare Ziele im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung innerhalb des Europäischen Sozialfonds zu definieren) wurden durch die dort dominierenden ökonomisch starken Länder durchgesetzt.

Auch der Druck der "Troika" in den Krisenländern auf massive Kürzungen der öffentlichen Ausgaben für Sozialleistungen, Bildung, Gesundheitswesen, die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme, öffentlicher Güter und Eigentums, erhebliche Lohnkürzungen, Verlängerungen der Arbeitszeiten und die Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte verschärft die sozialen Spannungen.

Als Lösung aus der Krise predigt die Troika vor allem den Export. Dabei geht es nicht nur um die Ausweitung des deutschen Modells von Lohndumping und Export auf die EU: mehr Wettbewerbsfähigkeit und somit mehr Export, koste es was es wolle. Aber wohin mit dem Export, wenn die Mitgliedstaaten der EU in der Krise stecken und die Nachfrage einbricht?

Der Friedensnobelpreis an die EU muss auch deshalb kritisch hinterfragt werden, weil die Osloer Preisverleiher die Art und Weise, wie die EU ihre eigenen selbstverursachten Probleme in andere Regionen der Welt exportiert, nicht in Erwägung zogen.

Kohäsionspolitik der EU

Die Kohäsionspolitik ist seit der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) ein wichtiges Element der EU-Politik. Sie geht davon aus, dass zwischen reicheren und ärmeren Regionen in der EU eine Umverteilung stattfinden soll, um die Folgewirkungen der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung auszugleichen. Mit Programmen zur Kohäsionspolitik hat die EU von 1988 bis 2004 dafür insgesamt rund 500 Milliarden Euro investiert. Vor der EU-Osterweiterung waren die Empfänger vor allem die südlichen EU-Regionen sowie Irland und ab 1990 auch die neuen deutschen Bundesländer.

Quelle: Wikipedia.de

Der Umgang mit Griechenland als Beispiel

Vom Europarat (als EU-übergreifende europäische Institution) wurde festgestellt, dass im Memorandum zur Zahlung von „Rettungsgeldern“ enthaltene Elemente der Europäischen Sozialcharta widersprechen, die auch Griechenland unterschrieben hat.

So zerbricht die Gesellschaft in Griechenland nicht wegen der vielen strukturellen Defizite in Verwaltung, Wirtschaft, öffentlichen Diensten oder im Steuersystem. Die gesellschaftliche Ordnung, das Gemeinwesen implodiert wegen der von der Troika erzwungenen drastischen Streichungen für Ausgaben für Gesundheitswesen, Bildung, öffentlichen Transport, kommunale Versorgungsleistungen und öffentliche Dienstleistungen.

Das Vertrauen in die Demokratie und die regierenden Parteien ist auf ein Minimum gesunken. Gleichzeitig erhalten nationalistische Kräfte Auftrieb: in Griechenland in Gestalt der neofaschistischen Partei Chrysí Avgí (Morgenröte), die bei der letzten Wahl auf 7% kam und mit 21 Mandaten im Parlament vertreten ist.

EU als „Festung Europa“ - Abschottung nach außen

Besonders betroffen von der verheerenden Situation in Griechenland sind wie immer die schwächsten Mitglieder in der Gesellschaft: Flüchtlinge und MigrantInnen. Durch die Verschiebung von Flüchtlingsströmen im Mittelmeerraum ist Griechenland zu einem der begehrtesten Transitländer für MigrantInnen auf ihrem Weg nach Europa geworden. Allein die Anzahl der Flüchtlinge in Griechenland wird auf über eine Million geschätzt (bei einer Gesamtbevölkerung Griechenlands von 11,5 Millionen). Die Regierung antwortet auf diese Lage mit Internierungslagern und polizeilich angeordneten Hetzjagden. Trauriges Beispiel dafür lieferte die Operation "Xenios Zeus“ letzten Jahres, bei der 6.400 Flüchtlingen inhaftiert wurden. Xenios steht übrigens in der griechischen Mythologie für den Beinamen Zeus als Gott der Gastfreundschaft.

An dieser Stelle zeigt sich das krasse Versagen griechischer und vor allem der EU-Flüchtlingspolitik. In der EU verhindert vor allem der Rat, unter Führung Deutschlands, eine solidarische Lösung der Einwanderungspolitik. Griechenland, Italien und Spanien werden von den EU Binnenländern mit den Folgen der Flüchtlingsströme allein gelassen. Die Grenzagentur FRONTEX wurde "professionalisiert" ohne, dass sich die Anzahl der Toten im Mittelmeer verringert hätte. Zusätzlich werden über das EU-Programm “Solidarität und Steuerung der Migrationsströme” (kurz: SOLID) zusätzliche Summen für die Abschottung der Außengrenzen freigegeben, die nichts mit dem Namen des Programms zu tun haben.

Anstelle einer solidarischen europäischen Einwanderungspolitik, wonach alle Mitgliedsstaaten ihre Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen gerecht werden, zahlt die EU damit jährlich hohe Summen für die Abschottung der Außengrenzen.

Freihandelsabkommen: Erpressung nach außen

Seit längerem - letztens wieder in einem Brief Mitte April an alle Europaabgeordneten - wies die Gruppe der afrikanischen Botschafter in Brüssel auf schwerwiegende Folgen eines Kommissionsvorschlages hin, der ab 2014 verschiedenen afrikanischen Staaten keinen privilegierten Zugang für Waren mehr gewährleisten will, falls sie keine "Wirtschaftspartnerschaftsabkommen" (WPAs) mit der EU unterzeichnen. Dieser Kommissionsvorschlag ist schlicht weg Erpressung. Es handelt sich um ein Freihandelsabkommen, durch das Märkte für die EU erschlossen und der Zugang zu Rohstoffen gesichert werden sollen. Mit der einseitigen Festlegung auf 2014 sollen die Länder erpresst werden, die sich bei den Verhandlungen nicht alles gefallen lassen wollen. Der Entwicklungsausschuss des Europaparlaments hatte diesen Vorschlag noch klar abgewiesen. Anders sah die Lage im Plenum des Europaparlamentes aus, wo kürzlich die konservative Mehrheit diesen Vorschlag der Kommission durchsetzte.

Diese Interessenpolitik zeigt klar, wie ernst es die EU meint, wenn sie sich für Beseitigung von Armut, Hunger und Unterentwicklung mit den Millenniums-Entwicklungszielen verpflichtet.

Keine Kohärenz der EU nach innen und außen

Tatsächliche Kohärenz in der Entwicklungspolitik würde auch bedeuten, dass die EU ihre Energiestrategie zum Einsatz regenerativer Energien nicht auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion der Entwicklungsländer durchsetzt. Indem sie den Anbau energiereicher Pflanzen in diesen Ländern fördert, provoziert sie die Umwidmung riesiger Anbauflächen.

Stattdessen sorgen genau diese exzessiven Spekulationen für immer wieder nach oben schnellende Preise bei Grundnahrungsmitteln und sind damit mitverantwortlich für den Hunger in der Welt.

Die Preise vor Ort werden von den Weltmarktpreisen bestimmt. Viele Entwicklungsländer müssen importieren, da die Eigenproduktion nicht ausreicht. Im Ergebnis steigt die Zahl der Hungernden an. In Tunesien, dem Ursprungsland des "Arabischen Frühlings", waren die hohen Lebensmittelpreise eine wichtige Ursache, die zum Sturz der Diktatur führten. Die Europäische Kommission wehrte sich lange anzuerkennen, dass die Preisspekulationen und die Preise für reale landwirtschaftliche Erzeugnisse zusammen hängen - trotz vorhandener Studien. Vor Kurzem verabschiedete die EU endlich einen Rechtsakt, der sich dem Problem der Nahrungsmittelspekulation widmen soll. Darin bleiben allerdings so viele Schlupflöcher, dass die Spekulation fast ungehindert weiter gehen kann.

Ein aktiver Kampf gegen Hunger und damit für den Frieden in der Welt würde einen aktiven Beitrag der EU zum sofortigen Stopp exzessiver Spekulationen auf Lebensmittel und Agrarrohstoffe erfordern. Das wäre einer Friedens-Nobelpreisträgerin würdig.

Die Europäische Sozialcharta

Die Europäische Sozialcharta (ESC) ist ein vom Europarat initiiertes und 1961 von einer Mehrheit seiner Mitglieder beschlossenes völkerrechtlich verbindliches Abkommen, das der Bevölkerung innerhalb der Unterzeichnerstaaten umfassende soziale Rechte garantiert. Die ESC trat am 26. Februar 1965 in Kraft. Im Jahr 1996 wurde eine revidierte Fassung ausgearbeitet, die ihrerseits am 1. Juli 1999 in Kraft trat und seither gültig ist.

Von der 1961 beschlossenen ESC wurden insgesamt 19 soziale Rechte benannt, darunter das Recht auf Arbeit, auf ein angemessenes Arbeitsentgelt, auf Berufsausbildung, auf soziale Sicherheit, auf freie Vereinigungen und Kollektivverhandlungen oder auch besondere Schutzrechte für Kinder, Jugendliche, Mütter und Familien. Sieben dieser Rechte entsprechen so genannten "bindenden Sozialrechten":

1. das Recht auf Arbeit,
2. das Koalitions- oder Vereinigungsrecht,
3. das Recht auf Kollektivverhandlungen,
4. das Recht auf soziale Sicherheit,
5. das soziale Fürsorgerecht,
6. das Recht auf besonderen gesetzlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schutz der Familie, und
7. die Schutzrechte für Wanderarbeiter und ihre Familien.

Die 1996 revidierte Fassung der ESC beinhaltet insgesamt 31 Rechte und Grundsätze und ergänzt damit die alte Fassung zum Beispiel um das Recht auf eine Wohnung, den besonderen Schutz alter Menschen, Kündigungsschutz oder den Schutz vor Armut.

Quelle: Wikipedia.de

Hunger: Unterlassene Hilfeleistung für 1/7 der Menschheit

Interview mit Jean Ziegler

Der Schweizer Soziologe, Politiker und Buchautor Jean Ziegler gehört zu den bekanntesten Kritikern der neoliberalen Globalisierung. Bis 2008 war er UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung.

Sie sprechen in ihrem jüngsten Buch „Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der dritten Welt" von Hunger als einem organisierten Verbrechen. Sie benutzen Worte wie Massaker und Massenvernichtung. Wer sind die Täter?

J.Z.: Täter sind die, die den Weltmarkt für Nahrungsmittel beherrschen. Alle 5 Sekunden verhungert ein Kind. Letztes Jahr sind 57.000 Menschen täglich an Hunger und Unterernährung gestorben. Fast eine Milliarde von sieben Milliarden Menschen sind permanent unterernährt. Das sind Zahlen aus dem Welternährungsbericht der FAO. In dem selben Bericht heißt es, dass die Weltlandwirtschaft problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Es gibt zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit objektiv keinen Mangel an Nahrungsmitteln. Deshalb sage ich, dass ein Kind, das an Hunger stirbt, ermordet wird. Wir sind nicht die Täter, aber solange wir nichts unternehmen und zusehen, sind wir Komplizen.

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten strukturellen Mechanismen, die verhindern, dass das Hungerproblem gelöst wird?

J.Z.: 85 Prozent der weltweit gehandelten Nahrungsmittel werden von 10 Lebensmittelkonzernen kontrolliert. Darunter Nestlé, Cargill, Dreyfus. Cargill kontrolliert 31,8 Prozent allen gehandelten Getreides, Dreyfus 32 Prozent allen gehandelten Reises. Diese Firmen entscheiden durch ihre Marktmacht, wer hungert und stirbt, wer isst und lebt. Eine weitere Ursache für den Hunger ist die Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel. Nach Ausbruch der Bankenkrise haben Hedgefonds und Großbanken sich auf die Rohstoffbörsen und da insbesondere auf die Nahrungsmittelbörsen begeben. Das hat dazu geführt, dass Preise für Grundnahrungsmittel explodiert sind. Und nun kommen noch die Agrartreibstoffe hinzu. Im vergangenen Jahr haben die Vereinigten Staaten 130 Millionen Tonnen Mais und mehrere Hundert Millionen Tonnen Getreide als Agrartreibstoff verbrannt. Wenn alle 5 Sekunden ein Kind an Hungerfolgen stirbt, dann ist das Verbrennen von Nahrungsmitteln ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Worin sehen Sie politische Handlungsmöglichkeiten, denn juristisch sind die Täter kaum zu belangen?

J.Z.: Es gibt keine Ohnmacht in der Demokratie. Deutschland ist die lebendigste Demokratie des europäischen Kontinents und die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Morgen früh könnte der deutsche Bundestag die Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel verbieten, wenn der Aufstand des Gewissens käme.

Manche wenden ein, dass die Agrarspekulation nichts mit dem Hunger in der Welt zu tun habe, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei. Stimmt diese Argumentation?

J.Z.: Der Waren-Termin-Kontrakt hat ein spekulatives Element, ist legitim und nötig. Ein Großproduzent von Getreide in Argentinien und eine Großbäckerei in New York kommen zusammen durch einen Waren-Termin-Kontrakt. Sie legen auf ein bestimmtes Datum hin einen Preis fest. Der Preis ist natürlich spekulativ, weil er eine Projektion in die Zukunft ist. Aber er dient einem wirtschaftlich legitimen Interesse.

Die apokalyptischen Reiter

Die drei apokalyptischen Reiter des Hungers sind die Organisationen WTO, IWF und, in geringerem Maße, die Weltbank.
Gegenwärtig wird die Weltbank von Jim Yong Kim geleitet, der IWF von Christine Legarde und die WTO von Pascal Lamy. Diesen drei Menschen gemeinsam sind die außergewöhnliche berufliche Befähigung, bestechende Intelligenz und tiefverwurzelter Glaube an eine obskurantistische Doxa des Neoliberalismus. [...]
Im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen, die diese Aufgabe dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen zuweist, wird die Entwicklungspolitik der UNO von diesen Söldnern festgelegt.
IWF und Weltbank wurden 1944 im Städtchen Bretton Woods im Nordosten der Vereinigten Staaten gegründet. Sie sind Bestandteile des UN-Systems. Die WTO dagegen ist eine völlig selbständige Organisation, die nicht der UNO untersteht, sondern von etwas mehr als 150 Mitgliedsstaaten gebildet wird und auf dem Prinzip des ausgehandelten Konsenses beruht.

Quelle:
Auszug aus dem Buch von Jean Ziegler: Wir lassen sie verhungern

Bei der Börsenspekulation handelt es sich um etwas ganz anderes. Die Hedgefonds kaufen Waren-Termin-Geschäfte auf, die dann zu autonomen Wertpapieren werden. Sie werden Hunderte Male wieder verkauft, verpfändet etc. So, wie jedes andere Wertpapier an der Börse. Sie produzieren nie eine Ware und sie liefern nie eine. Sie haben keine wirtschaftliche Legitimation. Im Juli 2012 lag der reine Spekulationsgewinn bei Reis, Getreide

und Mais bei 37 Prozent. Das ist eine Berechnung des Chefökonomen der UNCTAD, Heiner Flaßbeck. Er hat für die UNO ein Modell ausgearbeitet, das morgen früh zu verwirklichen wäre. Es schließt alle Akteure vom Agrarrohstoffmarkt aus, die nicht verbrauchen und die nicht produzieren.

In Ihrem jüngsten Buch ist auch von Alternativen die Rede. Sie sprechen nach wie vor von der Notwendigkeit der Landreform und erwähnen auch die Weltbank, die marktgestützte Landreformen fördert. Hat die Weltbank aus der Vergangenheit gelernt?

J.Z.: Die Weltbank hat etwas gelernt, weil sie bis vor kurzem vor allem Industrieinfrastrukturen gefördert hat. Staudämme, Erdölförderung etc. Die Subsistenzlandwirtschaft vernachlässigte sie komplett, weil diese im kapitalistischen Sinn nicht rentabel ist. Mittlerweile vergibt die Weltbank Kredite für kleinbäuerliche Landwirtschaft und ländliche Kooperativen: für Saatgut, Bewässerungsanlagen etc. Darin liegt ein Fortschritt.

Aber es gibt auch einen großen Rückschritt. Denn die Weltbank fördert mit Krediten ebenfalls das weltweite Landgrabbing. Die Argumentation der Weltbank ist dabei pervers. Sie verdreht richtige Erkenntnisse zu falschen Schlussfolgerungen. Die Bauern in Niger, Mali und in anderen Ländern hätten eine zu niedrige Produktivität. Deshalb müssten ausländische Investoren Kapital und Know-how bringen. Mit dieser Begründung finanzieren die Weltbank, die Europäische Investitionsbank und die Afrikanische Entwicklungsbank diese zwangsweise Landnahme durch Hedgefonds, multinationale Gesellschaften, usw. Und so geschieht die Vertreibung der ländlichen Bevölkerung.

J.Z.: Damit einher geht die Zerstörung der Menschen, Familien und Kulturen. Das Produktivitätsargument stimmt. Aber der afrikanische Bauer ist nicht weniger arbeitsam oder kompetent als der deutsche Bauer. Er verfügt praktisch über keine Bewässerung. Südlich der Sahara bis zum Kap der Guten Hoffnung werden nur drei Prozent der Nutzfläche künstlich bewässert. Der Rest ist Regenlandwirtschaft wie vor eintausend Jahren. Weder die Bauern selbst noch die Regierungen haben die Mittel, Bewässerungssysteme zu errichten. Es gibt nur 240.000 Zugtiere, 80.000 Traktoren, wenig animalischen und keinen mineralischen Dünger im subsaharischen Afrika. Die Staaten haben aufgrund der Auslandsverschuldung keine Mittel, um die Familienlandwirtschaft zu fördern. Unabhängig davon, wie diese Regierungen regieren, allein deshalb ist objektiv keine Investition in die Subsistenzlandwirtschaft möglich. Die Schlussfolgerung müsste also sein: Entschuldung und massive Investition in afrikanische sowie südasiatische und lateinamerikanische Subsistenzlandwirtschaft. Dann würde die einheimische Produktivität rasant steigen.

Es heißt angesichts der hohen Rohstoffpreise, dass das afrikanische Jahrhundert vor der Tür steht. Sehen Sie darin eine Chance?

J.Z.: Die hohen Rohstoffpreise lösen nicht das Hungerproblem. In Afrika sind laut FAO 35,2 Prozent der Bevölkerung permanent unterernährt. Der Run auf Rohstoffe, auch ausgelöst durch die ökonomische Entwicklung der Schwellenländer, schlägt sich statistisch im BIP vieler afrikanischer Staaten als Wachstumszahl nieder. Das Hungerproblem hingegen kann nur mit der Entwicklung der Familienlandwirtschaft gelöst werden.

Sie führen in Ihrem Buch das Beispiel Niger an.

J.Z.: Laut den UN-Statistiken ist Niger das zweitärmste Land der Welt. Niger hat über 1 Million Quadratkilometer und 10 Millionen Einwohner. Ein wunderbares Land mit uralten Kulturen. Hier siedeln die Haussa, die Djerma, die Tuareg, die Peulh. Niger verfügt über die zweitgrößten Uranreserven der Welt. Diese Uranminen werden ausschließlich vom französischen Energieunternehmen Areva, das eine staatliche Aktienmehrheit hat, ausgebeutet. Die Minen sind für Frankreich von strategischer Bedeutung, denn 62 Prozent der Energie kommen aus Atommeilern. Niemand in Niger kennt die Verträge mit Areva.

Die Kreuzritter des Neoliberalismus

Die Feinde des Rechts auf Nahrung sind die transkontinentalen Privatkonzerne, die - direkt oder indirekt - den größten Teil des Weltagrarhandels kontrollieren. Ihre Geschäftsmaxime ist die Profitmaximierung. Ihre Legitimationstheorie die Doxa des Neoliberalismus. Ihre Chief Executive Officers (CEOs) bestimmen jeden Tag, wer auf diesem Planeten stirbt und wer lebt. Ihr Einfluss auf die meisten westlichen Regierungen ist entscheidend. So haben zum Beispiel die Vereinigten Staaten den Internationalen Pakt Nr. 1 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte - dessen Artikel 11 das Recht auf Nahrung festschreibt - nicht ratifiziert. Andere westliche Staaten - Großbritannien, Australien, Kanada, die Schweiz u.a. - sind zwar dem Pakt beigetreten, weigern sich aber, die Justiziabilität des Rechts auf Nahrung anzuerkennen.

Für die Agrarkonzerne und die ihnen hörigen Regierungen gelten ausschließlich die zivilen und politischen Menschenrechte (Meinungs-, Religions-, Versammlungsfreiheit, Recht auf physische Integrität, auf Migration etc.). Für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte hingegen, so die Argumentation, sei allein der Markt zuständig. Das Massaker des Hungers? Es könne allein durch die Steigerung der Marktkräfte beseitigt werden. Die Totalliberalisierung der Waren-, Kapital-, Patent- und Dienstleistungsströme, die Privatisierung aller öffentlichen Sektoren seien Voraussetzung für diese Steigerung. Jeder normative Eingriff in das Marktgeschehen (Agrarreform, Subventionierung der Basislebensmittelpreise zugunsten der ärmsten Bevölkerungsteile, Verbot der Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel etc.) seien strikt abzulehnen.

Quelle:
Auszug aus dem Buch von Jean Ziegler: Wir lassen sie verhungern

Greenpeace hat versucht, per Prozess Einsicht in die Konzession zu erlangen. Das ist bislang nicht geglückt. Das Uran wird zu niedrigsten Preisen abgegeben. Gleichzeitig wird Niger immer wieder von Hungersnöten heimgesucht. Von den Rohstoffeinnahmen haben die Menschen nichts. Niger wurde durch Weltbank und IWF zur totalen Liberalisierung gezwungen.Dazu gehört die Auflösung des staatlichen Veterinäramtes, was bei vielen Menschen, die von der Viehzucht abhängig sind, katastrophale Folgen hatte. Nun geht eine Machbarkeitsstudie der Weltbank davon aus, dass man durch Kapillarbewässerung 440.000 Hektar Land zusätzlich für Agrarwirtschaft nutzbar machen könnte. Auf diesen riesigen Landmengen könnten drei Ernten im Jahr stattfinden. Bis jetzt werden nur 4 Prozent des nationalen Territoriums landwirtschaftlich genutzt.

Foto: Sahel-Ernährungskrise 2012 in Mauretanien. Aissata Abdoul Diop, Mitglied einer Frauenkooperative, zeigt die vertrockneten Maispflanzen.

Wenn man diese zusätzlichen 440.000 Hektar durch Bewässerungssysteme urbar machen würde, wäre die Bevölkerung des Niger, selbst angesichts der Klimakatastrophe oder Heuschreckenplagen, gerüstet. Es gäbe nie mehr eine Hungersnot. Das würde etwa 1,2 Milliarden Dollar kosten. Der zweitgrößte Uranproduzent der Welt hat nicht einen Cent, um dieses Projekt umzusetzen. In Niger herrscht die Areva wie ein Kolonialherr im 19. Jahrhundert.

Aber doch mit Unterstützung der nigerischen Politiker?

J.Z.: Was heißt mit Unterstützung? Der jetzige Präsident ist ein ehemaliger Angestellter von Areva. Vorher gab es einen Militärdiktator. Der empfing den chinesischen Bergbauminister. Daraufhin stürzte ihn der französische Geheimdienst. Der französische Geheimdienst übt die totale Kontrolle über die Regierung in Niger aus. Warum hat Präsident Hollande am 11. Januar 2013 die Intervention in Mali angefangen. Die Beseitigung der Djihadisten, die furchtbar sind, ist nur ein Grund. Aber hinzu kommen noch andere Interessen. Areva hat den Zugriff auf die Uranvorkommen in Südmali. Frankreich sah den Zugriff auf das Uran und damit die eigene Energieversorgung gefährdet, wenn die Djihadisten in Mali die Oberhand gewonnen hätten. Ich halte die Intervention in Mali für einen Rohstoffkrieg. Auch wenn er mit der Bekämpfung der Islamisten, die eine Plage der Menschheit sind, eine Legitimität hat. Aber jetzt müsste Hollande im zweiten Schritt mit sozialen Maßnahmen beweisen, dass er ein Interesse an eigenständiger sozialer und ökonomischer Entwicklung der Region hat. Er müsste dafür Sorge tragen, dass Mali und Niger die Souveränität über ihre Rohstoffe zurück erhalten. Um die sozialen Probleme solcher Länder wie Mali und Niger zu lösen, müsste eine zweite Entkolonialisierung stattfinden, die sich an den Zugriffsrechten auf die Rohstoffe entscheidet. Da wird Frankreich aber wohl kaum von seiner Vormachtstellung abrücken. Denn da würde der Strompreis in Frankreich steigen.

Sie halten die Entwicklung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft für den Schlüssel zur Lösung des Hungerproblems. Die linksliberale Regierung in Brasilien hat hingegen auf Extraeinnahmen aus dem Agrarhandel gesetzt und finanziert sehr erfolgreich Sozialprogramme, die Millionen Menschen aus der Armut geholt haben.

J.Z.: Ich halte den brasilianischen Weg für falsch. 90 Millionen Hektar Land sind in Brasilien im Besitz von 2 Prozent der Bevölkerung. An einer Landreform führt kein Weg vorbei. Seit der Unabhängigkeit Brasiliens hat es keine Landreform gegeben. Mit der Rückkehr der Zuckerrohrplantagen für die Produktion von Bio-Ethanol (Brasilien ist der zweitgrößte Bio-Ethanolproduzent der Welt) ist die Landkonzentration sogar noch gestiegen. Das Lula-Modell kann nur funktionieren, wenn der Staat mit seinen Exportüberschüssen und einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 6 bis 7 Prozent genügend Lebensmittel importieren und subventionieren kann. Der Punkt kann doch sehr schnell kommen, dass das BIP nicht mehr so stark wächst oder die Exportüberschüsse sinken, dann bricht das Modell zusammen. Ohne eine Strukturänderung kann es keine nachhaltige Bekämpfung der Armut geben. Und Strukturänderung heißt hier Landreform. Lula sprach bei seiner Wahl von Sofortmaßnahmen, um das Elend zu bekämpfen. Aber aus den Sofortmaßnahmen ist eine strukturelle Politik geworden und das kritisiert die Landlosenbewegung MST zu recht als eine gefährliche Politik. Denn nur der Familienbetrieb mit gesichertem Landbesitz kann die Nahrungsmittelsouveränität Brasiliens garantieren.

Das Interview führte Katja Maurer und wurde zuerst veröffentlicht in: medico-Rundschreiben 1/2013

Das tägliche Massaker in der Dritten Welt und die Schuldigen

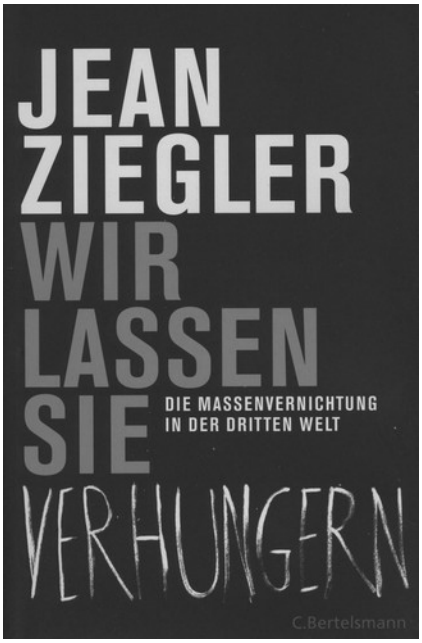
Jean Ziegler: Wir lassen sie verhungern – Die Massenvernichtung in der dritten Welt
C. Bertelsmann Verlag 2012, 320 Seiten, ISBN 978-3-570-10126-1, € 19,99

Beim Themenkreis Unterentwicklung, Armut und Hunger ist es seit langen Jahren vor allem Jean Ziegler, der darum kämpft, das größte Verbrechen auf diesem Planeten anzuprangern. Im Klappentext des Buches heißt es dazu:

„Der jährliche Hungertod von Millionen Menschen ist der Skandal unseres Jahrhunderts. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. Jean Ziegler zeigt in seinem Buch das schreckliche Ausmaß der Katastrophe. Es beginnt mit einer sorgfältig dokumentierten, aus persönlicher Anschauung hervorgegangenen Bestandsaufnahme des Autors, der in den Vereinten Nationen lange Zeit für diese Fragen zuständig war und sich auf einer Vielzahl von Missionen in den Ländern der Dritten Welt mit dem Massaker des Hungers konfrontiert sah. Er fragt nach den Gründen, warum es trotz der enormen Mittel, die seit dem Zweiten Weltkrieg aufgewendet wurden, bis heute nicht gelungen ist, den Hunger zu beseitigen."

Jean Ziegler hat bereits eine ganze Reihe von Buchveröffentlichungen diesem Thema gewidmet. Sein aktuelles Buch ist sehr anschaulich und aufrüttelnd geschrieben. Vor allem sind es persönliche Eindrücke, die er weltweit gewonnen hat, die er jeweils untermauert mit Statistiken und greifbaren Zahlen. Damit wird deutlich, mit wie wenig Aufwand der Hunger in der Welt effektiv und nachhaltig bekämpft werden könnte.

Dem umfassenden Anspruch des Autors entsprechend erfolgt auch ein wichtiger historischer Rückgriff, der für den aktuellen politischen Diskurs sehr wichtig ist. Hunger wird immer noch als Schicksal dargestellt, das sich aus der propagierten Überbevölkerung dieses Planeten ergibt. Jean Ziegler beschäftigt sich deshalb in einem Abschnitt des Buches mit dem Vordenker der „natürlichen Auslese" durch Hunger: Thomas Malthus und seinem „Gesetz der Notwendigkeit". Diese Ideologie trieb bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts sein Unwesen und machte die Europäer blind gegenüber ihren moralischen Verantwortung für den Hunger in der Welt.



Weniger bekannt ist das Wirken des Brasilianischen Arztes Josue de Castro, der nicht nur in seiner Heimat, sondern in einer ganzen Reihe von Ländern die Hungerproblematik studierte, die er in einem wissenschaftlichen Werk von 50 Büchern zusammen fasste. Sein wichtiges: Geopolitik des Hungers. Politisch bedeutet war sein Anteil an der Gründung der FAO im Jahre 1946.

Wichtig im historischen Rückblick ist auch die kurze Analyse der Besatzungspolitik des Deutschen Faschismus im 2. Weltkrieg, die in erster Linie in einer gezielten Aushungerung der besetzten Länder bestand.

Die Feinde des Rechts auf Nahrung werden in seinem Buch detailliert benannt. (Siehe auch die Buchauszüge auf Seite 8 und 9 dieses Heftes).

Der verbreiteten Kritik an der angeblichen Ineffizienz von UNO-Organisationen wie der FAO und dem Welternährungsprogramm (WFP) hält Jean Ziegler die finanzielle Austrocknung dieser Organisationen entgegen. An zahlreichen Beispielen weist er nach, dass mit einem kleinen Bruchteil der in den letzten Jahren erfolgten Mittel für „Bankenrettungsaktionen" unzählige Menschen vor dem Hungertod hätten bewahrt werden können. Was natürlich auch im Umkehrschluss heißt: „Bankenrettung" ist tödlich für Millionen Menschen weltweit.

Jean Ziegler prangert detailliert die Schuldigen für die permanente Hungerkatastrophe an: Lebensmittelkonzerne, Hedgefonds und andere Spekulanten, aber auch korrupte Politiker, die zur Ausbeutung der Dritten Welt unweigerlich dazu gehören.

Jean Zieglers Buch ist erschütternd. Sein Buch wäre deshalb sehr deprimierend, wenn er nicht selbst auch seine Hoffnung nach Veränderbarkeit der Verhältnisse ausdrücken würde. Diesen letzten Abschnitt beginnt er mit einem Zitat von Che Guevara, den er als junger Mann selbst noch kennengelernt hat. „Die stärksten Mauern fallen durch ihre Risse". Jean Ziegler verweist auch auf die Einflussmöglichkeiten Deutschlands als „lebendigste Demokratie Europas und die vierte Wirtschaftsmacht der Welt" (siehe auch das vorstehende Interview).

Doch auch ohne diesen letzten Abschnitt ist die Nennung von zahlreichen Akteuren bemerkenswert, die sich um den Kampf gegen den Hunger aus seiner Sicht verdient gemacht haben und die er größtenteils persönlich kennengelernt hat. Der von ihm ausgiebig zitierte Arzt Josue de Castro hat übrigens zwar viele Preise und Auszeichnungen, aber nie den Friedensnobelpreis bekommen. Jean Ziegler selbst wäre ein würdiger Kandidat für eine solche Auszeichnung, lebten wir nicht in einer verkehrten Welt, wo Mitverursachers des Hungers in der Welt, wie z.B. die Europäische Union, mit diesem Titel ausgezeichnet werden.

Zu hoffen bleibt, dass sein jüngstes Buch nicht nur für LeserInnen des Friedensjournals zur Pflichtlektüre wird.

Karl-Heinz Peil

Lateinamerika: Sozialpolitische Entwicklungen

von Kristine Karch, Vorstandsmitglied im Netzwerk Cuba – Informationsbüro e.V.

Spätestens mit der Finanzkrise 2008 zeigte sich, dass die maßgeblich von der Bundesregierung vorangetrieben Austeritätspolitik der EU nicht nur in Deutschland den durch die Einführung von Agenda 2010 schon stark dezimierten Sozialstaat fast gänzlich beseitigte. In den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern wie Portugal, Irland und Griechenland brachte sie Armut und Hunger zurück.

Alternativen zur neoliberalen Hegemonie in Europa sind kaum sichtbar, aber seit der Jahrtausendwende gibt es sie in Lateinamerika.

Staaten wie Venezuela, Ecuador und Bolivien waren weniger stark von den Auswirkungen der Finanzkrise betroffen als Europa. Ihre Banken beteiligten sich nur unwesentlich an den neuen Finanzprodukten und ihre Sozialpolitik der Armutsbeseitigung trug zur Kaufkraftstärkung und Binnenentwicklung bei. Neue Konzepte der Integration drückten sich in Bündnissen wie *UNASUR, ALBA* und *CELAC* aus.

Handel der Völker statt Freihandel der Konzerne

2004 wurde *ALBA*, zu Deutsch Morgenröte, Bolivarische Allianz für unser Amerika – Handelsvertrag für die Völker (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos, *ALBA-TCP*) von Venezuela und Cuba gegründet. Sie ist die Alternative zur von den USA geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone *ALCA*. Ziel von ALBA ist, die neoliberale Hegemonie der USA und ihrer Verbündeten zu reduzieren und neue Wege zu gehen, um die Armut in ihren Ländern zu bekämpfen. Neben einem „Handelsvertrag der Völker“ statt einem Freihandelsvertrag der Transnationalen Konzerne wurde auch eine eigene Entwicklungsbank zur Finanzierung der eigenen Entwicklungsprojekte auf den Weg gebracht. Heute sind Antigua und Barbuda, Bolivien, Dominica, Ecuador, Cuba, Nicaragua, St. Vincent und die Grenadinen und Venezuela ALBA-Mitglieder, die verschiedene bi- und multilaterale Abkommen geschlossen haben. Honduras war bis zum Militärputsch und dem Sturz von Präsident-Manuel Zelyla ALBA-Mitglied. Grenada, Haiti, Paraguay, St. Lucia, Suriname, Uruguay und der Iran haben Beobachter-Status und partizipieren an solidarischen Handelsbeziehungen.

Bolivien trat 2007 ALBA bei. Bolivien erhielt nicht nur Unterstützung bei Alphabetisierungs- und Gesundheitsprogrammen, sondern im Gegenzug verpflichteten sich Cuba und Venezuela, Bolivien seine Sojabohnen abzukaufen, da Bolivien durch die Freihandelsabkommen Perus und Kolumbiens mit den USA der Marktzugang zu diesen Ländern verwehrt war.

Die ALBA Staaten selbst verrechnen ihre Verträge seit 2010 in dem neueingeführten Buchgeld *Sucre*.

Cuba als „Exporteur“ für Gesundheitsversorgung

Das erste ALBA-Abkommen 2004 schlossen Cuba und Venezuela. Venezuela lieferte Erdöl an Cuba und im Gegenzug stellte Cuba ÄrztInnen und medizinisches Personal für die Mission *Bario a dentro*. Über das ganze Land wurden Krankenstationen (zuständig für ca. 200 Familien) errichtet und venezulanische ÄrztInnen und medizinisches Personal ausgebildet. Hierdurch erhielten viele tausende Menschen erstmals (kostenlosen) Zugang zur Gesundheitsversorgung. Auch in Bolivien und anderen Ländern Lateinamerikas wurden ähnliche Projekte realisiert, um die Gesundheitsversorgung zu verbessern, bzw. Menschen überhaupt Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen.

Ein weiteres Projekt in der medizinischen Zusammenarbeit ist das Projekt *Milgrao* (Wunder), in dem cubanische Ärzte mit finanzieller Unterstützung aus Venezuela mehr als 1,5 Millionen Menschen das Augenlicht wiedergegeben haben. Die Menschen wurden zuerst zur Behandlung nach Cuba gebracht, später wurden entsprechende Behandlungszentren über dem ganzen Kontinent aufgebaut.

Die lateinamerikanische Medizinische Schule (*ELAM*) in Havana gibt sozial engagierten jungen Menschen aus einfachen Verhältnissen die Möglichkeit eines kostenlosen Medizinstudiums, das sie befähigt, anschließend in sozialen Brennpunkten ihrer Heimatländer das erworbene medizinische Wissen anzuwenden. Aktuell befinden sich mehr als 9.000 Medizinstudierende aus 106 Ländern im Vorbereitungsjahr und den ersten 2 Jahren ihres Medizinstudiums an der ELAM. Danach folgt der klinische Teil an einer der 13 medizinischen Universitäten des Landes. Neben der Aneignung von Fachwissen werden auch Werte vermittelt wie Humanismus, Ethik, Solidarität und Internationalismus. Politische Inhalte stehen nicht auf der Agenda. Praktika leisten die Medizinstudierende in ihren Heimatländern in entlegenen Gebieten.

Sozialstaat Cuba: Beispielhafte Erfahrungen

Cuba hat seit seiner Revolution viel für den Aufbau eines Sozialstaates getan, sein kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen ist international anerkannt. Eine der ersten Kampagnen der Revolution war die Alphabetisierung. 2002 musste sogar der damalige Weltbank-Präsident Wolferson die guten Leistungen Cubas in diesen Bereichen anerkennen und dass Cuba diese Erfolge mit einer Wirtschaftspolitik erzielte, die das Gegenteil der neoliberale Ratschläge, Strukturanpassungsprogramme und Auflagen der Weltbank sind.

Mit dem cubanischen Alphabetisierungsprogramm „*Yo si puedo*“ (ja ich kann), das von der UN ausgezeichnet wurde und auch in indigenen Sprachen erhältlich ist, wurde in Venezuela und Bolivien der Analphabetismus bereits beseitigt. Es kommt aber auch in Guatemala, Nicaragua und El Salvador zum Einsatz.

Nationalisierung der Ressourcen als Basis

Durch die Nationalisierung der Bodenschätze und der Wiederaneignung der Gewinne aus Erdöl- und andere Ressourcen waren die ALBA-Staaten in der Lage die Sozial-, Bildungs- und Entwicklungsprogramme zu finanzieren. Cuba lieferte das Know-How in

Form von ÄrztInnen, LehrerInnen und Agraringenieurlinnen. Aber auch auf kulturelle und sportliche Bildung wurde Wert gelegt und hierfür Expertlinnen zur Verfügung gestellt. In Bolivien wurden die 1996 privatisierte und ständig klamme Rentenversicherung wieder in staatliches Eigentum überführt, das Rentenalter gesenkt und eine Rente der Würde eingeführt, die als Grundsicherung jeder/jedem zusteht.

Im Energiebereich wurden Abkommen mit Karibikstaaten geschlossen (*Petrocaribe*). Venezuela liefert langfristig Öl zu günstigen Preisen, langfristigen zinsgünstigen Krediten und unterstützt beim Aufbau von Raffinerien. Es kann aber auch ein Tauschhandel stattfinden, bei dem die Bezahlung über Waren oder Dienstleistungen erfolgt. Die Partnerländer sind gehalten, die eingesparten Gelder für die Armutsbekämpfung einzusetzen, oft werden die Verträge direkt mit solchen Projekten gekoppelt.

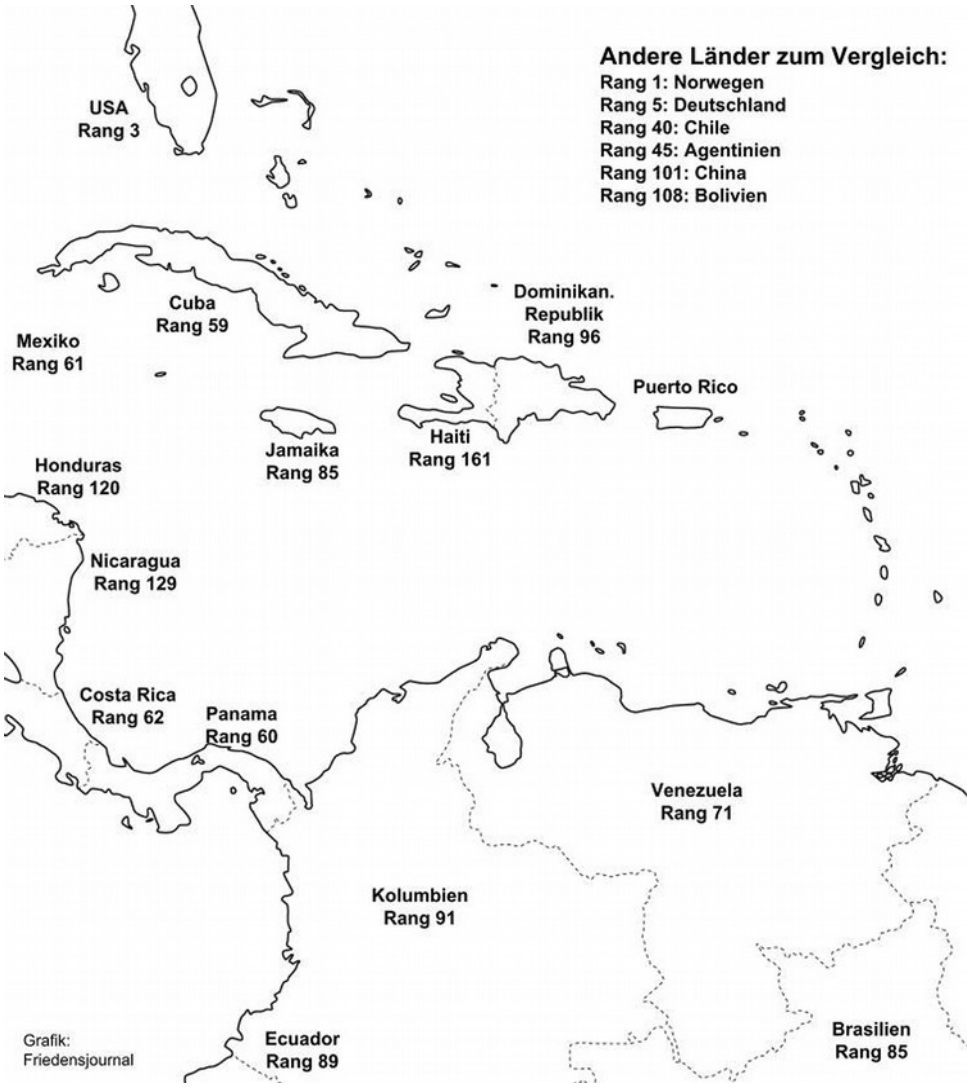
Ein Maßstab: Der Human Development Index (HDI)

Die Erfolge dieser Entwicklungsstrategien und -politiken zeigen sich auch in dem neusten UN-Bericht zur „Menschlichen Entwicklung“ HDI (Human Development Index), den die UNDP (United Nations Development Programme) unter dem Titel „Der Aufstieg des Südens“ im März 2013 veröffentlicht hat.

Der HDI errechnet seit 1990 den Entwicklungsstand eines Landes nicht nur auf Grund von ökonomischen Daten wie dem BIP, sondern bezieht auch Werte wie Ernährung, Gesundheit, Bildung, Freizeit sowie Möglichkeiten der Mitbestimmung der Menschen in die Beurteilung ein. Er wird auf Länderebene erstellt und trifft keine Aussage über die Verteilung der Entwicklung auf einzelnen Bevölkerungsschichten, da er mit Durchschnittswerten je Land arbeitet. Ebenso spiegelt die Gewichtung der einzelnen Faktoren die herrschende Vorstellung von Entwicklung wieder, die nach wie vor wachstums- und fortschritts-orientiert sowie technologie-fixiert ist. Ökologische Aspekte spielen dabei keine Rolle.

Im aktuellen Report vom März 2013 basierend auf Daten von 2005 bis 2012 wurden 187 Länder untersucht und in vier Gruppen eingeteilt. Die Gruppe „Sehr hohe menschliche Entwicklung“ wird von Norwegen angeführt mit einem Index von 0,955, gefolgt von Australien, USA, Niederlande und Deutschland. Aber auch Chile (40) und Argentinien (48), die beide ihren Index im letzten Jahr um 0,014 Punkte verbessern konnten, zählen hierzu. In der zweiten Gruppe „hohe menschliche Entwicklung“ finden sich Länder wie Uruguay (51), Cuba (59), Panama (60), Mexico (61), Costa Rica (62) Antigua und Barbuda (67), Venezuela (71) und Dominica (72) Brasilien (85), Ecuador (89) Kolumbien (91). Eine „Mittlere menschliche Entwicklung“ wird China auf Platz 101 kurz vor El Salvador auf 107 und Bolivien auf 108 „bescheinigt“. Bolivien konnte seinen Index um 0,012 Punkte auf jetzt 0,675 steigern, vor allem durch seine Erfolge in der Bildungspolitik und Gesundheitsversorgung. In der letzten Gruppe „niedrige menschliche Entwicklung“ mit einem Index von 0,534 und weniger befinden sich Länder wie Nicaragua und Haiti.

Als eins der Highlights des Reports wird genannt, dass gerade in Lateinamerika – entgegen dem allgemeinen Trend - die Ungleichheit abgenommen hat und es eine hohe Korrelation zwischen Investitionen in soziale und physische Infrastruktur und der menschlichen Entwicklung gibt.



Wenn sich diese Erkenntnis auch bei der EU und den Regierungen durchsetzt, können auch wieder Perspektiven für Krisenstaaten wie Irland, Portugal und Griechenland, dessen Index gefallen ist, geschaffen werden.

Weitere Infos:

www.netzwerk-cuba.de

www.netzwerk-cuba-nachrichten.de

Human development Report 2013 (deutsch):

http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2013/

Blockupy: Weiterer Widerstand angesagt

Interview mit Roland Süss, Mitglied des attac-Koordinierungskreises und aktiv bei Blockupy Frankfurt

FJ: Die EU-Austeritätspolitik hat bisher vor allem die südeuropäischen Länder betroffen. Wie hat sich dort in den letzten Monaten die Situation der Menschen und der Widerstand dagegen verschärft?

Die Austeritätspolitik, so wie sie gegenwärtig unter wesentlichem Einfluss der Bundesregierung von der Troika aus EZB (Europäischer Zentralbank), EU-Kommission und IWF (Internationalem Währungsfonds) auf den Rücken der Menschen in Südeuropa ausgetragen wird, entspricht dem Vorgehen von IWF und Weltbank seit Jahrzehnten in vielen Ländern des Südens. Damals wie heute mit denselben dramatischen tödlichen Folgen. Die Lebensgrundlagen der Menschen in den Südeuropäischen Staaten werden zerstört. Millionen Menschen verlieren ihre Arbeitsplätze, Löhne werden drastisch gesenkt, Menschen verlieren ihre Wohnung, Gesundheitssysteme kollabieren, öffentliche Krankenhäuser erhalten keine Medikamente, Kinder hungern und Jugendliche wachsen ohne Perspektive auf.

Foto: Protest von attac und Oxfam gegen Lebensmittelspekulation vor dem Allianz-Tower in Berlin im Mai 2012

Diese brutale Verarmungspolitik soll der Rettung der Staaten dienen. Sie dient jedoch vor allem den Vermögensbesitzern, Banken und Konzernen. Ihre Profite werden mit dieser ökonomischen Schockstrategie vor allen sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung gesichert. Zur Kasse gebeten werden diejenigen, die keinerlei Verantwortung für die Krise haben. Widerstand entwickelt sich vor allem in den täglichen Kämpfen vor Ort. Soziale solidarische Bewegungen entstehen und wehren sich gemeinsam gegen Hausräumungen und anderen Zerstörungen der Lebensgrundlagen. Blockupy ist gerade der Versuch, die abstrakte und unsichtbare Verknüpfung von Krisenregime und alltäglicher Entrechtung und Verelendung sichtbar zu machen.

FJ: Wie sieht es mit der Solidarität in Deutschland aus? Es wird immer noch von der Bundesregierung - und leider auch dem größten Teil der Oppositionsparteien im Bundestag - die äußere Fassade eines prosperierenden Landes dargestellt, quasi als Fels in der Brandung der Eurokrise. Wie lange kann dieses noch Bestand haben? Bis zur Bundestagswahl?

Es ist sicherlich zu befürchten, dass nach der Bundestagswahl auch in Deutschland die Verteilungskämpfe härter werden. Es wird deutlich werden, dass die Ursachen der Verschuldung in Südeuropa zu einem großen Teil an der deutschen exportorientierten Wirtschaftspolitik liegen. Deutschland hat sich durch das Sozialdumping der Agenda 2010 einen Wettbewerbsvorteil gegenüber seinen europäischen Partnern verschafft, um seine hohen Exportüberschüsse zu halten. Die deutschen Exportüberschüsse konnten jedoch nur über eine hohe Verschuldung gerade bei den südeuropäischen Euro-Ländern finanziert werden. So wurde Wachstum hier durch Verschuldung der anderen Länder finanziert und Arbeitslosigkeit exportiert. Die Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler hatte die Verschuldung dann kollabieren lassen. Einen Ausweg aus der Krise mittels Wachstum wird es nicht geben. Ein solidarisches gemeinsames Europa ist nur möglich, wenn wir mit der Wachstumslogik brechen. Auch Klimakrise und zunehmende Ressourcenknappheit machen deutlich, dass ein kapitalistisches Wirtschaftsmodell, das auf globaler Ausbeutung basiert, notwendig Armut und soziale Ungleichheit produziert und die Natur systematisch zerstört.

FJ: Es gab in diesem Jahr bereits Aktionstage an mehreren Orten in der EU gegen die herrschende Austeritätspolitik. Welche Aktionen waren dabei am erfolgreichsten?

Es gibt in Deutschland noch keine wirklich entwickelte Sozialprotestbewegung, aber vieles hat begonnen und entwickelt sich. Auch Bewegungen wie die Anti-AKW- oder die Friedensbewegung haben sich über einen längeren Zeitraum entwickelt. Die Kämpfe und Auseinandersetzungen in den Südeuropäischen Ländern haben da eine andere Dimension und Zuspitzung. Blockupy ist ja gerade auch der Versuch, Verknüpfungen zwischen unseren Bewegungen und denen in Griechenland, Spanien, Italien etc. zu ermöglichen. Aber auch andere Aktivitäten, wie der Europaweite Aktionstag im März oder der Alternativgipfel Alter Summit im Juni in Athen machen deutlich, dass eine europäische Bewegung

im Entstehen ist, die sich solidarisch aufeinander bezieht.

FJ: Welches Signal soll mit den Aktionen an die Adresse von EZB und Großbanken vermittelt werden?

Wir wollen den Widerstand gegen die Verarmungspolitik von Regierung und Troika – der EZB, der EU-Kommission und des IWF – in eines der Zentren des europäischen Krisenregimes tragen: an den Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) und vieler deutscher Banken und Konzerne – den Profiteuren der herrschenden Krisenpolitik. Wir wollen damit auch ein Zeichen internationaler Solidarität setzen.

Blockupy hält den Schritt vom öffentlichen Protest zum Zivilen Ungehorsam jetzt für nötig. Unser Aktionsziel am 31. Mai ist es, den üblichen Geschäftsablauf der EZB sowie anderer Akteure des Krisenregimes öffentlich sichtbar zu stören. Auf der Internationalen Demonstration werden wir gemeinsam mit vielen tausend Menschen aus ganz Europa in Frankfurt zeigen, wo die Verantwortlichen für die Krisen- und Verarmungspolitik zu finden sind.

FJ: Gibt es neben EZB und Großbanken noch weitere Adressaten der Blockupy-Aktivitäten in Frankfurt?

Es wird am Freitag nach der Blockade der EZB noch Aktionen bei weiteren Krisenakteuren geben: Bei der Deutschen Bank geht es um Landraub und Spekulationen mit Nahrungsmitteln, auf der Zeil um die brutalen Arbeitsverhältnisse der globalen Textilproduktion, bei der Immobilienwirtschaft um die drückende Wohnungsnot und beim „Deportation Airport“ um die Abschiebepolitik der EU

FJ: Im letzten Jahr erfolgte ein weitest gehendes Verbot der Aktivitäten durch die Stadt Frankfurt. Wie sieht es in diesem Jahr aus nach den Erfahrungen des letzten Jahres?

Ganz wesentlich war im letzten Jahr die breite Debatte in der Frankfurter Öffentlichkeit. Viele hatten mit Unverständnis auf die Verbotsorgie der Stadt reagiert und sich solidarisiert.

Auch wurde durch eine Reihe von Gerichtsurteilen bestätigt, dass die Sichtweise von Stadt und Polizei nicht haltbar sind. So war die Stadt, was die Demonstration am 1. Juni betrifft, von

vornherein gesprächsbereit. Wichtig war für uns auch, dass wir in diesem Jahr ein Camp als politischen und sozialen Treffpunkt brauchen. Hier hatte die Stadt sich zunächst reihum als nicht zuständig erklärt. Aber wir haben jetzt eine Zusage von der Stadt, dass wir ein Camp im Rebstockgelände aufbauen können.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Regierungsparteien stimmen für Freihandel mit Kolumbien und Peru

Die Abgeordneten der deutschen Regierungskoalition haben am [21. März 2013] einem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU sowie Kolumbien und Peru zugestimmt. Die Abgeordneten von SPD, Grünen und Linkspartei stimmten gegen die Vereinbarung, die vor allem von sozialen Organisationen kritisiert wird.

Zum Thema fand eine 30-minütige Aussprache statt, deren später Zeitpunkt – nach 22 Uhr – auf Kritik stieß. "Wenn das Abkommen so unproblematisch ist wie Sie darstellen", sagte der SPD-Abgeordnete Klaus Barthel mit Blick auf die Regierungsabgeordneten, "weshalb verstecken Sie die Diskussion darüber dann in einem der letzten Tagesordnungspunkte am späten Abend?" Obwohl der Regierungskoalition angeblich so an der Sache gelegen ist, habe es nur eine unvollständige Anhörung ohne den Vertreter der EU-Kommission gegeben, so Barthel weiter.

Während SPD und Grüne dem Freihandelsabkommen grundsätzlich zustimmten, im konkreten Fall aber Nachbesserungen verlangten, lehnte die Linke die Vereinbarung grundsätzlich ab. "Das vom Bundestag beschlossene Freihandelsabkommen ist ein Angriff auf die Existenzgrundlage hunderttausender Kleinbauern und kleinerer und mittlerer Unternehmen in Kolumbien und Peru", sagte die Abgeordnete Heike Hänsel. Das Abkommen werde den Kampf um Land und Rohstoffe verschärfen. Mit den weitgehenden Liberalisierungen des Finanzsektors wird der Steuerflucht, der Geldwäsche und Spekulation Vorschub geleistet, befürchtet Hänsel: "Man kann sagen, die EU exportiert ihre Krise nach Lateinamerika."

Die EU-Vereinbarung muss nun noch von den übrigen Mitgliedsstaaten bestätigt werden. Vor allem in Belgien, Irland und Zypern könnten die Kritiker in der Mehrheit sein. Im Fall von Deutschland muss der Bundesrat das Abkommen noch bestätigen. Dort aber ist die Opposition in der Mehrheit.

Quelle: www.amerika21.de / Harald Neuber

FRIEDENSBLÄTTER

Seite des Friedensnetzes und des Förderverein Frieden e.V. Baden-Württemberg im Friedensjournal
Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart; 0711 6368240

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

www.friedensnetz.de / buero@friedensnetz.de

Ostermärsche in Baden-Württemberg:

Zukunft braucht Frieden! Schluss mit der Kriegspolitik!

Stuttgart

Auch in diesem Jahr fand am Karsamstag wieder einer der teilnehmerstärksten Ostermärsche im Bundesgebiet statt. 1200 Friedensdemonstranten zogen in buntem Zug vom umstrittenen Stuttgarter Bahnhof zum Schlossplatz zur Abschlusskundgebung. Aufgerufen hatten zahlreiche Friedensgruppen und –Organisationen rund um das Friedensnetz Baden-Württemberg. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften hatten mit einem eigenen Aufruf zum Stuttgarter Ostermarsch mobilisiert. Auf der Abschlusskundgebung sprachen Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung und Pfarrer Dietrich Becker-Hinrichs, der Vorsitzende der gewaltfreien Aktion Baden.

Müllheim

Für Ostermontag hatten Friedensrat und DGB Markgräflerland zum Ostermarsch vor der Kaserne der Deutsch Französischen Brigade in Müllheim aufgerufen und über 450 Menschen kamen.

Wolf Rosskamp forderte für den DGB von den Regierenden eine grundlegend veränderte Sicherheitspolitik, denn NATO und die Bundesregierung setzten die falschen Prioritäten. Uli Rodewald vom Friedensrat setzte sich mit den Aufgaben der Deutsch Französischen Brigade auseinander und betonte, dass Waffenbrüderschaft mit Völkerverständigung nichts zu tun habe.

Mannheim

In Mannheim nahmen 150 FriedensaktivistInnen am Ostermarsch teil, der am Samstag auf dem Paradeplatz begann. Mathias Kohler vom Friedensplenum zählte die aktuellen Einsatzorte der Bundeswehr auf, die angeblich nur zum Zwecke der Landesverteidigung gegründet worden war: Afghanistan, Kosovo, am Horn von Afrika, vor der Küste Libanons, in der Türkei, in Mali bzw. Senegal, in Uganda, im Sudan, im Süd-Sudan und im Kongo. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben allein im Jahr 2011 rund 1,48 Milliarden Euro und damit 74 Millionen mehr als geplant gekostet. Die ersten zehn Jahre des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr haben nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 17 Milliarden Euro gekostet. Das war dreimal so viel wie die von der Bundesregierung offiziell veranschlagt worden war."

Weitere Ostermärsche fanden auch in Ellwangen mit 180 TeilnehmerInnen und in Konstanz am Bodensee mit über 300 Friedensdemonstrantinnen statt.

Auszüge aus dem Aufruf des DGB Baden-Württemberg zu den Ostermärschen 2013

… Wir fordern ein schnelles Ende der deutschen Beteiligung und die sofortige Beendigung des Afghanistan-Einsatzes. … Die Probleme im Nahen Osten müssen mit friedlichen Mitteln gelöst werden, orientiert am Völkerrecht – also Respektierung des Gewaltverbots und des Gebots der staatlichen Nichteinmischung sowie Respektierung der UN-Resolutionen.

Unsere Antworten: Abrüstung, zivile Hilfen, Entwicklung und fairer Handel

Die Bundeswehr wird konsequent zu einer international operierenden Interventionsarmee umgebaut. Bei den Auslandseinsätzen mit deutscher Beteiligung geht es oft auch um Machtpositionen beim Zugriff auf Öl, Rohstoffe und Transportwege. Mali ist so ein Beispiel. … Ein Skandal ist die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung. Die Rüstungsproduktion muss auf zivile Produkte umgestellt werden.

Die NATO und die Bundesregierung setzen die falschen Prioritäten

… Wir setzen uns ein für Abrüstung, soziale Gerechtigkeit, zivile Hilfen, Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse, Demokratie und Menschenrechte für alle. ….....